

Bezugspreis
für halbes monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 1,80 Mark, vierteljährlich
4,20 Mark, durch die Post 4,50 Mark
auswärts. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. In
entschiedenen Fällen werden auch
Einsendungen von auswärtigen
Lesern angenommen. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Saale-Zeitung“ gestattet.
Gern auf der Schriftleitung Nr. 1142,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

Saale-Zeitung

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

Angabe
Werb. a. 70000. 30000 Mr. Anzei-
gen oder deren Raum mit 60 Pf.
bezogen u. in weiteren Annahmeh-
stellen a. allen Anzeigengeschäften
angewandt. Reklamen die 92 mm
breite Zeile 1,25 Mr. Anzeigen-
Anschreiben 10000. 11 Mr.
für die Sonntags- u. abends
6 Mr. Abstellungen, soweit zu-
ständig, müssen schriftlich erfolgen.
Erklärungsart: Saale. Erklärungs-
frist: 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
leit. u. Bezugs-Geschäftsstelle: Saale,
Neue Promenade 1a, G. Braun-
schweig, 17. Neben-Geschäftsstelle:
Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 217.

Halle, Sonnabend, den 10. Mai.

1919.

Proteste im ganzen Reiche.

WTB. Berlin, 9. Mai. (Drahtnachricht.) Von ausländischer Seite wird mitgeteilt: Seit Bekanntwerden der feindlichen Friedensbedingungen gehen beim Reichspräsidenten und beim Reichsmilitärpräsidenten zahlreiche Telegramme aus allen Teilen Deutschlands ein, die enthielten Protest gegen die uns zugemutete Vergewaltigung. Es bringen die Hoffnungen zum Ausdruck, daß die Reichsregierung keinen Frieden annehmen werde, der den vorliegenden Bestimmungen irgendwie entspricht. Der Reichspräsident und die Reichsregierung sind außerlands, auch nur einen Teil dieser Kundgebungen zu beantworten. Keine soll ungehört verhallen. Der Reichsregierung sind die eine willkommene Stärkung für ihre mit aller Kraft geförderten Bemühungen, vom Gewaltfrieden zum Verhandlungsfrieden zu gelangen.

Erklärung der Badischen Regierung.

WTB. Karlsruhe, 9. Mai. (Drahtnachricht.) Das Badische Staatsministerium erläßt eine Erklärung an das badische Volk, in der es u. a. heißt: Kein Volk der Erde hat je eine Vergewaltigung erfahren, wie die Friedensbedingungen darstellten. Nichts wird unversucht geflossen werden, eine Wiederrück der ganzen Bedingungen zu erreichen. Das badische Volk wird sich in dieser Schlüsselstellung geschloffen hinter die Reichsregierung stellen. Wenn es nicht gelingen sollte, den Friedensbedingungen einen Inhalt zu geben, der dem badischen Volk das Weiterleben als Volk möglich macht, dann werden wir vor die ernste Frage gestellt, ob wir uns dem Feinde beugen müssen, oder ob nicht ermutigt dieser Friedensordnung zurückgewiesen werden muß. Die weitere Befehung von Reich durch die Franzosen ist uns Bedenken unersichtlich. Das Wirtschaftliche unseres Landes wird dadurch in tödliche Weise verlehrt. Wir erheben lautes Mißvergnügen gegen diesen Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Hessen gegen den Gewaltfrieden.

Darmstadt, 9. Mai. Zu Beginn der heutigen Sitzung der hessischen Volksammer gab Präsident Adeltung eine Erklärung bezüglich des Friedensvertrages ab. Er wies darauf hin, daß bei allen Parteien ohne Ausnahme große Entrüstung herrsche, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Stimme der Vernunft und der Menschlichkeit nicht ungehört verhallen würde. Militärpräsident Ulrich erklärte, er wolle festhalten, ob die Regierung mit dem Völk und mit den Vertretern des Volkes burgaus auf einer Linie stehe. Sie sei entschlossen, alles zu tun, was im Interesse des Landes liege, um eine derartige Skandale vom deutschen Volke fernzuhalten. An alle Klagen sei der Ruf ergangen, nach Berlin zu kommen, um Stellung zu nehmen zu diesem Friedensvertrag, der Deutschland aufzufügen werden soll.

Der Hansabund ruft zum Protest.

Berlin, 9. Mai. Der Hansabund richtete an seine Landesverbände und Ortsgruppen ein Rundschreiben, in dem die angeführten Stellen aufgefordert werden, sofort in öffentlichen Versammlungen gegen diesen Frieden der Vergewaltigung in schriftlicher Form Einspruch zu erheben und der Reichsleitung und der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Wo Versammlungen nicht möglich sind, sollen eingehend begründete Vorstandsbeschlüsse anfragen. Grundzüge eines amenable Friedens müssen die formenmäßig 14 Punkte Wilsons sein. Trotz der ständigen tiefster Schman fordert der Hansabund auf, nicht den Mut zu verlieren.

Westpreußen verlangt Ablehnung.

Danzig, 9. Mai. Der Provinzialausschuß der Provinz Westpreußen hat an die Reichsregierung folgendes Telegramm geschickt: „Der zu einer Sitzung heute verammelte westpreußische Provinzialausschuß hält unter dem Eindruck der jedes Maß übersteigenden und den 14 Millionen Deutschen widerstrebenden Friedensbedingungen an einem wiederholt betonten Standpunkt der Unerschlichkeit fest: deutscher Lande fest und erachtet von der Reichsregierung die Ablehnung dieses Gewaltsfriedens als uns. Mögen sich unsere Feinde ihre Beute holen. Das Lebensrecht kann das deutsche Volk nicht unterwerfen.“

Hamburgs Senat und Bürgerschaft gegen den Gewaltfrieden.

WTB. Hamburg, 9. Mai. (Drahtnachricht.) Zu einer feierlichen Kundgebung gegen die feindlichen Friedensbedingungen gelangte sich die heutige gemeinsame Sitzung von Bürgerschaft und Senat. Der Präsident der Bürgerschaft erhob in einer feierlichen Rede gegen die vorliegenden Bestimmungen und rief den Bürgern der Städte um einen Frieden den Unabhängigkeit und der Gerechtigkeit an.

Der Präsident des Senats brandmarkte das Vorgehen der Feinde mit scharfen Worten. Das Haus unterbrach zum Zeichen der Zustimmung die Sitzung.

Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 9. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts, die unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert stattfand, teilnahm man sich abends mit der Stellung der Reichsregierung zu den Friedensbedingungen der Entente. Auch heute wurden die Beschlüsse des Kabinetts geheimgehalten. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die bestehenden Verbindungen zwischen Berlin und Versailles anzuhalten.

Besprechung des Aeltestenausschusses.

Berlin, 9. Mai. Der Aeltestenausschuß der preußischen Nationalversammlung trat heute nachmittags zu einer Besprechung zusammen und beschloß, die nächste Vollversammlung am Dienstag, den 13. Mai, nachmittags 4 Uhr, abzuhalten. Auf der Tagesordnung steht: 1. Besprechung der vom Reichspräsidenten in der Sitzung vom 3. Mai abgegebenen Erklärung über die Friedensbedingungen; 2. Bericht des Reichspräsidentenausschusses; 3. dritte Beratung eines Nachtragsetzes betreffend das Ministerium für Volkswirtschaft. Im Anschluß an den letzten Gegenstand der Tagesordnung soll eine weitere Fortsetzung der Generaldebatte über den Etat zulässig sein. Zur Friedensfrage werden die Parteien einzeln Erklärungen abgeben.

Vollziehung der Nationalversammlung.

Berlin, 9. Mai. Die nächste Vollziehung der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung findet am Montag, den 12. Mai, nachmittags 3 Uhr, in der Aula der Universität, Kaiser-Franz-Josefs-Platz, statt.

Sitzung der deutschen Delegation.

Verailles, 9. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Bei der gestrigen, unter dem Vorsitz des Reichsministers Grafen Brockdorff-Rantzau stattgefundenen Sitzung der gesamten Friedensdelegation einschließlich der Kommissare und Sachverständigen ging die Ausscheidung übereinstimmend dahin, daß der Entwurf in der vorliegenden Fassung nicht annehmbar sei.

Die Sitzung dauerte von 8 Uhr abends bis Mitternacht. Eine große Anzahl Nebenherber sah zu den einzelnen Abschnitten des Entwurfs und zur Formulierung der vielen Bemerkungen und Gegenanträge, zu denen der Entwurf schließlich ist.

WTB. Paris, 9. Mai. (Drahtnachricht.) Die Budgetkommission verwarf mit allen gegen eine Stimme den Plan des Handelsministeriums, von Amerika einen Vorschuh von 45 Millionen Franken zu erlangen für die Verjüngung Ostpreußens mit Lebensmitteln.

Wilson, Wood George, Clemenceau und Orlando traten Donnerstag morgens und nachmittags zusammen und besprachen die italienische Frage. Die fünf Minister des Reiches prüften am Nachmittag die Frage der Grenzen von Ostpreußen und der tschechischen und nahmen die Beschlüsse der verschiedenen Kommissionen an. In den Kreisen der Konferenz glaubt man allgemein, daß die deutschen Vertreter Vorschläge überreichen werden und auf den Präliminarienvertrag mit einem Gegenantrag antworten werden. Wahrscheinlich werden die Minister den zuständigen Kommissionen die Aufgabe anvertrauen, die Vorschläge wirtschaftlicher und finanzieller Natur zu prüfen. Dicks Prüfung wird mindestens 8 Tage erfordern. Hierauf werden die Minister den Deutschen die Veränderungen bekanntgeben, welche gegebenenfalls im Vertragsentwurf ausgedrückt werden. Hierauf wird den Deutschen eine feierliche letzte Frist, wahrscheinlich 4 bis 5 Tage, zugestanden werden, zwecks endgültiger Zustimmung zu dem Gesamtfriedensvertrag. Man muß also damit rechnen, daß bis 30 Tage bis zur Unterzeichnung des Friedens verstreichen. Die Besprechungen mit den französischen Delegierten werden Mitte Mai beginnen. Die Präliminarienverhandlungen mit Ostpreußen, der Türkei und Bulgarien werden in geordneten Betragen einhalten sein.

Landesjäger in Stendal.

WTB. Berlin, 9. Mai. (Drahtnachricht.) In Stendal hat sich gestern der Vöbel des Provinzialrates bemächtigt und die dortige Wache des Hauptquartiers Nr. 12 verjagt. Das Landesjägerkorps hat daraufhin zwei Kompanien und eine Maschinengewehrabteilung nach Stendal entsandt, die vorläufig dort verbleiben, bis Ruhe und Ordnung wieder hergestellt ist.

Verhandeln!

Ein Teil der Presse bespricht die feindlichen Bedingungen lediglich unter dem Gesichtswinkel: Annahme oder Ablehnung, Ja oder Nein! Wir meinen, daß die Regierung und ihre Entscheidung Recht hat, daß weder ein Nein noch ein Ja im jetzigen Stadium in Versailles gesprochen werden darf. Die Verantwortung einer jeden Regierung ist in jedem Falle eine so unheimlich große, daß sich eine schnelle Entscheidung von selbst verbietet. Ein Ja für die Bedingungen der Entente ist so undenkbar, daß man ernsthaft darüber nicht zu sprechen braucht. Eine Regierung, die sich für die Annahme der beispiellosen Bedingungen entscheiden würde, würde den nächsten Tag nicht erleben. Sie würde wie durch einen Sturmwind hinweg geblasen werden. Und Nein? Es würde gewiß der Stimmung vieler Teile unseres Volkes entsprechen, wenn unsere Delegierten in Versailles ihre Köpfe auf und schreien nach einem energiegelichen Nein der Heimat entgegengefahren würden. Wenn wir aber an die schmerzlichen Folgen dieses Nein denken, dann kommen wir stets wieder zu der Überzeugung, daß für eine derartige Entscheidung immer noch Zeit genug ist. Deshalb muß Deutschland verhandeln wollen. Es muß, um ein in der Geschichte nach jeder Richtung gerechtfertigt dazustehen, mit dem größten Eifer und bis zur letzten Stunde den sich unaufhörlich erneuernden Versuch machen, aus einem Gewaltfrieden einen Frieden des Rechts heraus zu bilden. Wenn dieser Versuch scheitert oder wenn er ein ungenügendes Resultat zeitigt, dann wird die Stunde kommen, wo Regierung, Nationalversammlung und vielleicht doch noch das ganze Volk sich zu entscheiden haben: Wollen wir die Vergewaltigung unterzeichnen oder wollen wir das mit Entrüstung ablehnen, was immer auch kommen mag? Graf Brockdorff-Rantzau hat unsern Gegner bereits einen Spiegel vorgehalten. In den Verhandlungen könnte es noch viel mehr geschehen! Unsere Gegner müssen bei diesen Verhandlungen erst einmal den Unterschied kennen lernen zwischen dem, was sie selbst in ihren Theorien immer gelehrt haben, und dem, was sie in ihren Friedensbedingungen heute zu bieten wagen.

Der deutsche Ministerpräsident Scheidemann hat in seiner Donnerstagsrede im Berliner Friedensausschuß bereits auf den Unterschied zwischen Theorie und Praxis aufmerksam gemacht. Er hat daran erinnert, daß Wilson stets eintrat für „nationale Selbstbestimmung und Beteiligung aller wirtschaftlichen Schichten, also nationale und wirtschaftliche Unabhängigkeit.“ Wo aber blieben diese Grundzüge in dem Friedensentwurf? Elaf-Verbringen, das Saargebiet und andere Teile des Westens werden einer ohnmächtigen Macht einfach geraubt. Der Wiederlauf der Saarwerte nach 15 Jahren ist einseitig ein Unfian. Denn wer soll das Reich die Mittel (und dazu in Gold!) in den Jahren starker finanzieller Belastung ersparen, um hierüber überhaupt auch nur eine einzige Milliarde übrig zu haben? Und wo ist die nationale Selbstbestimmung im Osten, wo deutsche Gebiete den von uns zum Jarenidee befreiten Polen ausgeliefert werden? Nicht anders steht es mit der wirtschaftlichen Unabhängigkeit aus. Die Bestimmung, daß die empfindlichen von Deutschland zu zahlenden Summen erst im Jahre 1921 festzusetzen sind, muß das ganze deutsche Wirtschaftssystem lahm legen. Zu einer Zeit, in der enorme Summen aufgebracht werden sollen, muß eine solche Bestimmung, wie Scheidemann richtig bemerkt hat, als Damoklesschwert wirken, dessen Schneiden in jeden Moment auf die deutsche Volkswirtschaft herabbedrohen kann. Wir können nicht hanteln treiben, weil wir keine Ozeanflöße mehr haben sollen, wir können unsere industriellen Betriebe nicht instand setzen, weil uns wichtige Rohlenruben im Westen und Osten geraubt werden. Das, was die Entente will, kann auch der größte Schönfärber nicht anders als Verleugung des deutschen Volkes nennen.

Herr Scheidemann hat in seiner Rede den Punkt 4 der bekannten Wilsonschen Forderungen herausgegriffen. Dort heißt es: „Austausch ausreichender Garantien dafür, daß die nationalen Rüstungen auf das niedrigste, mit der inneren Sicherheit vereinbare Maß herabgesetzt werden.“ In den Friedensbedingungen wird jedoch dekretiert, daß Deutschland nur eine Volkstruppe halten darf, die nicht einmal hart genug wäre, um politische Unruhmäßigkeiten zurückzuweisen und Ruhe und Ordnung an der Grenze aufrecht zu erhalten. Weiter forderte Wilson eine „freie, wirtschaftliche und unbedingte unparteiliche Schlichtung aller internationalen Ansprüche.“ Und heute? Kaum der deutschen Kolonien Belgien sollte wieder hergestellt werden. Heute aber soll es sich auf Kosten Deutschlands bereichern dürfen. Was ist das — Herr Scheidemann hat darauf gleichfalls hingewiesen — für ein „Austausch ausreichender Garantien“, wenn die Forderung der Freie

Wahrheit und Glauben gegen einen Anschlag an Belgien zu leisten. Die gewaltthätige Belagerung wird fortgesetzt. Im Osten zeigen die Einzelheiten der Bestimmungen, daß Belgien nicht nur eine „freie Stadt“ sein soll. Die Polen haben sich von der Entente so viel „Recht“ in den Schoß werfen lassen, daß sie die tatsächlichen Herren der zu 98 Proz. deutschen Stadt sein werden. Punkte, bei denen der ursprüngliche Willensgeist mit den neuesten Realitäten in Einklang zu bringen ist, liegen sich beliebig vernehmen.

Von der deutschen Delegation dürfen wir erwarten, daß sie den Entwurf der Entente in allen Punkten die deutsche Auffassung entgegenstellt. Wir sind allerdings nicht der Meinung, daß die Entente viel mit sich handeln lassen wird. Sie ist in den Ideen der Gewaltpolitik so befangen, daß sie ein jedes Handeln und Verhandeln als eine Sünde wider den heiligen Geist ansieht. Die deutschen Bemühungen werden förmlich auf das Gute haben, daß die feindlichen Kräfte trotz aller Abweisung doch erfahren, wie ein Frieden aussehen muß, der den Völkern Frieden, nicht die Nähe des Kirchhofs, erstrebt. Beharrt die Entente auf ihrem Standpunkte rohester und rücksichtslosster Gewalt und sind wir in wenigen Wochen zum Ausbruch des reinen Genozids, dann hatten unserer Diplomatie so zahlreiche Aufgaben, daß sie schon jetzt die Vorbereitungen dazu in Anspruch nehmen muß. Reimotio hierfür muß sein: Größte diplomatische Aktivität! Wir wollen dann nicht Buribans Spiel sein, wir wollen uns nicht zwischen zwei Heubündeln fügen, sondern wir müssen dann verfahren, mit „Kugeln in der einen oder anderen Weise zu einem Einvernehmen zu gelangen. Das mag heute noch ein Gedanke sein, der niemand gern zu Ende denkt, aber wenn bei der Entente alle Gründe der Erkenntnis verfallen, dann müssen wir uns auch mit diesem Gedanken näher befassen. Die Entente hat die Entscheidung hierüber!

C. II.

Rückkehr der militärischen Delegierten?

Berlin, 9. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Wie wir hören, werden Graf Brodowski-Rankau und die übrigen Delegierten außer Kommodore Heinrich und General v. Seckl in Versailles bleiben. Die genannten militärischen Mitglieder der Delegation werden, wenn die Zustimmung der Regierung erfolgt, zurückkehren, um durch Besprechungen mit den zuständigen Ministern die Antwort auf den Friedensentwurf der Entente vorzubereiten.

Einigkeit unter den deutschen Delegierten.

Berlins, 9. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Die Stimmung innerhalb der Delegierten ist äußerst wiederholungslos. Nach einer Information werden sich die Delegierten Montag schlüssig machen, ob es überhaupt zweckhaft ist, Gesandtschaften zu machen. Jedenfalls besteht die Absicht, untereinander Einigkeit zu erzielen, bevor dem deutschen Votum ein gemeinsamer Antrag vorgelegt wird. Brodowski-Rankaus menschenwürdiger Ton gegen Trismen ist bei den Besagten an einer Mauer von Gehässigkeiten abgeprallt. Nur Wilson machte sich Notizen.

Die Pariser Presse über den Friedensentwurf.

WTB. Versailles, 9. Mai. Allmählich beginnt die Pariser Presse ihr Urteil über den Friedensentwurf zu fällen. Eine ungewöhnlich scharfe Sprache spricht der offizielle „Temps“ ab. Das Blatt ist entsetzt darüber, daß der Entwurf des Reiches, des Großvater-Kaisers, gelten eine Fortsetzung, jenseits der Grenze und nicht Deutschland als alleinigen Schuldigen des Krieges anerkannt hat. Nach dem „Temps“ erfordert die Gerechtigkeit, daß Preußens Macht verringert werde. Das Blatt ist außerordentlich ericaunt, daß der Präsident der preussischen Landesversammlung seinen Mitglied der Delegation ist, nennt die jetzige Regierung eine Fortsetzung der alten und faltet von einem bedeutenden großen Einfluß des preussischen General-

stabes. Das Verzeichnis des „Temps“ ist in diesem Augenblick von größtem Wert, denn durch dieses Regierungsorgan spricht das herrschende Frankreich das wieder einmal hier seine alte „Politik“ sich zu erholen. Der sozialistische „Populaire“ geißelt den Friedensentwurf. Es handelt sich hier um ein Grabmal und um einen Diktatorfrieden. Der Geist von Brodowski und Balfour ist wieder lebendig geworden. Wilson könne den Text mit der von ihm verteidigten Theorie vergleichen und werde dann auch erkennen, daß der angebliche Völkerbund ein Betrug sei. Die Klauseln von Versailles schaffen nicht den Frieden. Marcell Sembat nennt in der „Gazette“ den vorgeschlagenen Frieden einen Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit. Die Forderung des Friedensentwurfs wird gekennzeichnet durch den dänischen Gesandten in Paris, der dem „Temps“ erklärte, die Entente bemitleide Dänemark beträchtlich mehr als die dänische Regierung verlangt habe. Gibt es einen besseren Beweis dafür, daß Wilsons Grundzüge lediglich ein Popanz sind?

Zürich, 9. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Die französische Presse betont angedeutet inspiriert mit stärkstem Nachdruck, daß den deutschen Unterhändlern in Versailles keinesfalls länger als 14 Tage Zeit zur Unterfertigung des Vertrages gelassen werden soll. Man werde die deutschen Unterhändler nach dem Ablauf dieser Frist vor die Alternative stellen: Ja oder nein! Die Mitteilung des Grafen Brodowski-Rankau, daß Deutschland gegenwärtig unterdrückt werde, wird mit einer ironischen Geringschätzung übergangen und darauf hingewiesen, daß man seinen Kuhhandel gestatten würde. Gestern waren bereits hier in Zürich Gerüchte über eine angeblich geplante Abreise der deutschen Unterhändler aus Versailles verbreitet.

Berlin, 9. Mai. Das „Berl. Tagbl.“ meldet aus Versailles, daß die

sozialistischen Blätter

heftig gegen diesen Frieden protestieren, den die „Humanität“ einen Frieden der Gewalt, des geistigen Imperialismus, und der Ungerechtigkeit nennt. Das französische Proletariat verweigere seine Unterfertigung unter diesen Vertrag. In wenigen Tagen werde es sich gegen dieses Dokument im Reichsrat zu erklären, das eine Verletzung des Völkerrechts und der Moral ist. Wenn der Vertrag nur die Kammer komme, werde kein sozialistischer Deputierter dieses diplomatische Schicksal gutheißen dürfen, das die Geschichte als eine verwerfliche Verletzung und als ein Verbrechen gegen die Moral und Völkerrecht verzeichnen werde. Die „Humanität“ gibt dann eine Analyse der Bestimmungen, die sich auf das Saarland und die deutschen Kolonien beziehen. Morizet, Cray und Renault hätten diesen Teil bearbeitet und nannten die Klauseln über das Saargebiet die schlimmste Gewalttat des Vertrages. Die französische Zeitung fordert die Deutschen zum Gedankensatz mit Ferraris in Bezug auf Gewalt und Korruption. Wie die Welt zu sehen, die jetzt gegen sie verurteilt werden. Sie hätten sich ihren nationalen Sinn erhalten und die französischen Sozialisten würden für sie eintreten, wie sie für alle Unterdrückten eintreten seien. Genso schließt mit der Bemerkung der deutschen Kolonien. Das Volk treide und arbeitame Deutschland brauche Kolonien, wie jedes andere Land. Wilson habe den größten Fehler begangen, als er zugestimmte, daß die Kolonien zum Vorteil der Sieger geraubt werden.

WTB. Paris, 9. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) (Saras.) „Es ist die Zeit, sich für die Trennungsmann der Grafen Brodowski-Rankau mit seinem Votum an die internationale Brüderlichkeit die Führer der allierten Mächte klar zu bestimmen, ob, insbesondere Lord George. Sein Verzicht, die Hilfe der Allierten für die Emission ihrer Anleihe zu garantieren, wird die schließliche Antwort auf den Antrag der österreichischen Delegierten, die auf den 12. Mai angelegt war, eine Begründung enthalten wird und daß die Besprechungen kaum vor etwa 10 Tagen beginnen werden.

Eine andere holländische Stimme.

Amsterdam, 8. Mai. „Nieuwe van den Dag“ schreibt über die Friedensbedingungen: Deutschland werde darin zu behandeln, daß ein normales Zusammenleben des deutschen Volkes mit den westlichen Mächten auf

lange Zeit hinaus unmöglich gemacht werde. Man müsse schon ein hartnäckiger Optimist sein, um zu glauben, daß die Reaktion darauf ausbleibe werde.

Italienische Ansichten.

Rom, 9. Mai. (Agenzia Stefani.) Zu den Friedensbedingungen schreibt „Giornale d'Italia“: Die Deutschen werden einigen Widerstand leisten, sie werden schließlich nachgeben und annehmen. „Epoca“ sagt: Der Vertrag ist noch nicht unterzeichnet, aber die Zeitungen sind in die Unmöglichkeit verlegt, ihre Unterfertigung zu verweigern. „Tribuna“ glaubt, daß es zu einem diplomatischen Zweifelspunkt kommen werde namentlich in finanziellen und kolonialen Fragen.

Auch Dänemark unzufrieden.

Kopenhagen, 9. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Die dänische Regierungspresse veröffentlicht anlässlich der Entscheidung der Friedenskonferenz einen angedeuteten Zeitungsartikel, in dem es heißt: Die Entscheidung der Friedenskonferenz bezüglich der Abtretung in Schleswig-Besitzung der Dänen ist ein heroischer Akt. Die Bestimmungen, daß auch in der 3. Zone, also in rein deutschem Gebiet, gemeindefreie Abtretungen abgetreten werden soll, steht in direktem Gegensatz zu dem klar angenommenen Standpunkt des dänischen Reichstages und der dänischen Regierung und des Norddeutschen Nihilistenvereins. Es kann erwartet werden, daß die Regierung und der Reichstag Dänemarks so nachdrücklich wie möglich hiergegen protestieren werden.

Die englische Arbeiterpartei fordert Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen.

London, 8. Mai. (Reuters.) Ein Manifest der Arbeiterpartei erklärt, daß Teile des Friedensvertrages den Willkürlichen Erklärungen widersprechen. Unter anderem wird Verdrickung der Beschränkungen des deutschen Volkes bei Eintreibung von Guisabildungen, allgemeine Einschränkung der Kriegsausgaben, Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen, Wobn und anderen Gebieten an der deutschen Grenze gefordert.

Beifall in Ottawa.

Amsterdam, 9. Mai. „Telegraf“ zufolge meldet die „Times“ aus Ottawa, daß bei der Verteilung der Friedensbedingungen im Parlament von Kanada die Bestimmungen über die Klänge von Elsaß-Lothringen, die Herausgabe der deutschen Streitkräfte und die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers langen anhaltenden Beifall erzeugt hätten.

Englische Vorsicht.

WTB. Hamburg, 9. Mai. (Drahtnachricht.) Am 9. Sonntag der englischen Kriegesgeschichte haben die Engländer am Donnerstag nach Bekanntwerden der Friedensbedingungen ihre Sicherheitsvorkehrungen wesentlich vermehrt. 20.000 Marinegarnisonen schon am frühen Morgen aufgestellt.

Die österreichischen Delegierten zur Friedensverhandlung.

Wien, 9. Mai. (Korr.-Bureau.) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde ohne Debatte der Beschlussempfehlung betreffend das Staatsverbot und Staatsrecht der Republik Deutsch-Österreich angenommen. Nach einmütiger Unterzeichnung der Sitzung beantragte Reichsratspräsident Ruppel, die Beschlüsse, die von bevollmächtigten Vertretern der deutsch-österreichischen Republik bei den Friedensverhandlungen den Staatskanzler Klenner zu bestimmen, dem als politische Berater der Abgeordnete Dr. Gurrler (Christi-Soz.) und Dr. Schönbauer (Großdeutsch) beigegeben werden. Ein Berichterstatter gab bei der Begründung des Antrages der tiefen Erschütterung über die heute veröffentlichten Friedensbedingungen für das deutsche Volk Ausdruck und schloß mit dem Wunsch, daß es der deutschen Delegation gelingen möge, das Verbot des Ver-

Das Rosenhaus.

Roman von Feilz Ganger.

83. Fortsetzung

(Nachdruck verboten.)

O, dieser Irrer, dieser Vio! Da sollte meine Kücken und entfernte mich. . . Zu ihrem Vater mußte sie nachher im Rosenhaus sitzen, daß eigentlich niemand auf ihrer Seite war, als sie von dem „Mittler“ des „Votens“ auf ihre Verbindung berichtigte. Man hätte ihnen die im übrigen ziemlich müde abendliche Besprechung ihrer Ehegelegenheit als nachträgliche Zahlung für die Äußerung ihrer Äußerung an den Herzen zu gönnen und sagte hoch.

Da war der ganze Nachmittag über für niemand mehr zu haben. Sie schrieb an Ferdinand und teilte ihm mit, wie es ihr bis jetzt ergangen sei. Unter anderem hieß es: Die Kinder haben schon trübe Erfahrungen gemacht und sitzen jetzt ganz eingeschüchtern vor dem Hause auf der Bank. Es ist einfach überhört, wie man die armen Waisen behandelt. Der treue Kerl, Dein verrückter Reife Thomas, dieses Scheusal von einem Halbmenschen, hat die Kinder begünstigt, weil sie ihm in sein Erbe eingedrungen waren. Und die Waisen, dieses abscheuliche Krauszimmer hat nun unsere Kinder aus von einer unerzogenen Kotte geprügelt. Na, weißt Du, Ferdinand, das hat Verdammt! Da kann man sich nicht helfen! Sie hätten auch nicht zu tun. Als wenn sie hier nicht Recht hätten als wir. Was denn für ein Fall! Ich glaube, das hüßliche Essen muß man sich hieselweise in den Mund jählen lassen. Heute Mittag ging alles so fort, daß ich am liebsten rausgegangen wäre. Kaufchen hatte noch und tippte den Teller mit der Suppe um, war nachher auch noch ein Glas entweigt; mein Gott, da war ein Getöse! Die Beerbeiden sagte ja zwar: Nun, das kann leben passieren, das ist ja schließlich nicht, aber ihre Augen funkeln dem Plänen aus so an. Du, ich glaube die Beerbeiden ist eine ganz schillernde Person. Und dabei ist es doch bei ihnen das reine Geld. . . Hebrigen war das Essen gar nicht zu berühren. Schließlich eine Suppe, die nach dem nicht blüme war, und nachher ein hüßliches Gemüse und Koteletts. Na, das haben wir zu Hause auch dann brauchen wir nicht zur Erholung

nach diesem abgelegenen Hause zu gehen. Mit Tage werde ich mir die Geschichte mit ansehen, dann lasche ich selber. Wenn wir's nicht um die Winkel zu mühen, weiß Gott, ich reife heute noch ab. Es ist einfach ganz abschüssig hier.

Dann möchte ich Dir noch sagen, daß Du doch lieber sei Ruffides essen möchtest als im Katakaber. Denn mit ich eingefallen, daß die Ruffiden nach 25 Mark von mir bekommt für die letzten drei Kalbssteilen, die sie uns aus der Markthalle besorgt hat. Wenn Du nun der alten gelizhen Person die Einnahme für den Mittagstisch nicht zumommen läßt; dann triffst sie jeden Tag, daß ich noch die drei Kalbssteilen zu bezahlen habe. Und das möchte ich nicht. Geh also zu Ruuldes!

Die Eghuanmeldung in Brodenbüchel hat noch Zeit. Der Ruffider, der uns rüberführt, sagte mir, daß jetzt hier noch Hertenen seien.

Ich muß nun anfahren, da ich denke, daß die Sachen eben Augenblick von der Bahn kommen können. Es wird auch Zeit sein, es ist fünf Uhr.

Lebe wohl, Ferdinand! Deine Kragen liegen im Kertizow unten links. Strümpfe mußst Du Dir waschen lassen.

Mit Grüßen und Küßen Deine Ida.

Nun war es schon sechs Uhr, und Bohmholze hatte sich immer noch nicht eingestellt. Ida Brudmüller fing an, unruhig zu werden, und hielt es auf alle Fälle für eobeten, etwas aus ihrer Kiervere herauszutreiben. Man konnte nicht wissen, ob die Feldbetten um heute überhaupt noch ankommen — und da mußte man sehen, daß man sich in ein etwas besseres Verhältnis zu den Mitbewohnern stellte, um nötigenfalls auf eine Ausstiege für die kommende Nacht rechnen zu können.

Als Ida die vorbereiteten Erörterungen über Anzugverhältnisse der Bahn und Verhältnisse der Lohnverhältnisse, und daß man insofort abgehen muß, alles selbst in die Hand nehmen sollte, und sich über sofort einrichten lassen. Es gibt hier gerade nur so viel Bettstellen, als man nötig gebraucht werden.

O weh, o weh! Aber Ida meinte heraus noch mögliche mit: „Man muß es dann eben einrichten lassen. . . Wir können doch nicht auf der Erde schlafen.“

„Wir auch nicht“, sagte Traute iph. „Nun, du sollst ja auch gar nicht“, lehnte Ida jede Gefälligkeit von dieser Seite rundweg ab.

Um 7 Uhr war von Bohmholze immer noch nichts zu sehen. Da meinte, das sei unverantwortlich von diesem Kerl. Oder aber von der Bahn. . .

Heinz Brebenkamp empfand einiges Mitleid mit der bedrängten Mutter, der Paulchen ihn während am Rade hing und über Müdigkeit zu klagen begann. Er trat sich nachzutragen, es die erwarteten Sachen eingetroffen seien. Käme er innerhalb einer Stunde nicht zurück, so würde er verneinenden Befehl erhalten haben. Dann würde Frau Ida über sein Bett verfügen, er würde in Brodenbüchel bleiben.

Nun ja, sein freundliches Anerbieten wurde dankbar akzeptiert, und Ida war davon überzeugt, daß der gute Herr Brebenkamp von allen im Rosenhaus der beste Mensch sei.

Als Heinz innerhalb der angegebenen Zeit nicht wiederkehrte, fand man sich — jeder so gut er vermochte — mit dem Gedanken ab, daß für Ida Brudmüller und ihre Sprößlinge ein Kottager hergerichtet werden müßte.

Nach langem Hin und Her kam eine Einigung zustande. Insofern Brebenkamps Lebenswürdigkeit und unter Benutzung von zwei Sofas und einer noch glücklicherweise dem Boden entbedenken Matratze gelang es, die bettstellenlose Familie Abel Brudmüllers unterzubringen. Allerdings mußte sie sich damit abfinden, daß eine Trennung in drei Parteien erfolgte. Frau Ida besaß Heinz Brebenkamps Zimmer und nahm Paulchen und Walter zu sich ins Bett. Frau Idellie in demselben Raume auf der alten schmiedlichen Matratze. Comin fand sein Köchgen auf dem ebenermäßigen Eberfote im Schlafzimer, der Beerbeiden im Ehepaars, und Hans wanderte mit Emilie Kriebel in deren Kammer, wo er auf dem recht schmalen und harten Kanapee eine Schlafgelegenheit erhielt.

So lief der Tag doch noch leidlich aus und trug zur Erhaltung der alten Wahrheit, daß im guten alles geht, ein erschicktes Stücken bei.

Weider bemies schon der Oberhäupte die Tatsache von der Respekt der Meibelle. —

[190] Sonntag

